

VERBRAUCHERPOLITIK EU AKTUELL

verbraucherzentrale

Bundesverband

Ausgabe 16 | 31. August bis 13. September 2015

INHALT:

- Allgemeine EU-Verbraucherpolitik
- Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr
- Finanzdienstleistungen
- Gesundheit / Ernährung
- Telekommunikation / Medien / Internet
- Terminvorschau

ALLGEMEINE EU-VERBRAUCHERPOLITIK

1. EU-Ratspräsidentschaft richtet Tag des Wettbewerbs und der Verbraucher aus

Die luxemburgische Präsidentschaft des EU-Ministerrats richtet am 21. September 2015 in der Philharmonie in Luxemburg (Stadt) einen Tag des Wettbewerbs und der Verbraucher aus. Es handelt sich hierbei um eine Konferenz mit hochrangigen Vertretern der EU-Kommission, des Europäischen Parlaments, der nationalen Wettbewerbsbehörden, der Wirtschaft und der Verbraucherorganisationen.

Im Zentrum der Konferenz steht die Schaffung eines integrierten digitalen Binnenmarkts. Verbraucher und Unternehmen sollten einen verbesserten Zugang zu digitalen Waren und Dienstleistungen erhalten.

<http://www.eu2015lu.eu/en/agenda/2015/09/21-consumer-competition-day/Consumer-and-Competition-Day---Program.pdf>

2. Keine gerichtliche Überprüfung von Investor-Staat-Schiedsklauseln in Freihandelsabkommen

Nach einem Exklusivbericht von Euractiv (8. September 2015) wird die EU-Kommission kein Rechtsgutachten beim Europäischen Gerichtshof zur Zulässigkeit von Investor-Staat-Schiedsklauseln anfordern. Dies hatten Nichtregierungsorganisationen insbesondere im Hinblick auf das geplante Transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen (TTIP) gefordert. Die EU-Institutionen wären an die Rechtsauffassung des Europäischen Gerichtshofs gebunden gewesen.

Impressum

Verbraucherzentrale
Bundesverband e.V.

Markgrafenstraße 66

10969 Berlin

Referentin Internationales

Maren Osterloh

eu-internationales@vzbv.de

Anregungen zum Newsletter
nehmen wir gerne entgegen.

http://www.euractiv.com/sections/trade-society/commission-wont-ask-eu-judges-decide-legality-isds-317445?utm_source=EurActiv+Newsletter&utm_campaign=66dd18d36b-newsletter_weekly_update&utm_medium=email&utm_term=0_bab5f0ea4e-66dd18d36b-245337597

BAUEN / ENERGIE / UMWELT / VERKEHR

1. Europäisches Parlament gegen Privatisierung von Wasser

Das Europäische Parlament stimmte am 8. September 2015 mit 363 Stimmen bei 96 Gegenstimmen und 261 Enthaltungen für den Bericht der irischen Linken Lynn Boylan zur Bürgerinitiative 'Right2Water'. „Die Bürgerinitiative 'Right2Water' war das erste erfolgreiche Beispiel für dieses demokratische Instrument. Das öffentliche Eigentum und Management der Wasserversorger gehören klar zu den Hauptanliegen der Verbraucher und können nicht ignoriert werden“, sagte Boylan. „Es ist bedauerlich, dass die Kommission keine Gesetzesvorschläge vorgelegt hat, mit denen der allgemeine Zugang zu und das Menschenrecht auf Wasser anerkannt und dementsprechende rechtliche Vorgaben für die gesamte EU gemacht werden“, so Boylan, die abschließend hinzufügte: „Öffentliche Güter wie Wasser sollten nicht zur Quelle finanzieller Gewinne werden“.

Durch eine Europäische Bürgerinitiative können Bürger die EU-Kommission auffordern, in Bereichen, die in deren Zuständigkeitsbereich fallen, Rechtsvorschriften vorzuschlagen. Voraussetzung: Mehr als eine Million Bürger aus mindestens einem Viertel der EU-Mitgliedstaaten müssen sich beteiligen. Die Bürgerinitiative "Right2Water" haben 1.884.790 Menschen mit ihrer Unterschrift unterstützt. Die EU-Kommission ist jedoch nicht verpflichtet, das Anliegen einer Bürgerinitiative aufzugreifen. Auch das Votum des Europäischen Parlaments zur Bürgerinitiative 'Right2Water' ist nicht verbindlich.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20150903IPR91525/html/B%C3%BCrgerinitiative-zum-Recht-auf-Wasser-Kommission-zeigt-wenig-Ehrgeiz>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2015-0294+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

2. Strengere Regelungen für die Reinhaltung von Gewässern

Zum 14. September 2015 mussten alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Änderungen der EU-Richtlinien in Bezug auf prioritäre Stoffe im Bereich

der Wasserpolitik umsetzen. Ziel ist der gute chemische Zustand der Oberflächengewässer und ein hohes Schutzniveau für die Umwelt und die Gesundheit. Eine Überprüfung hatte dazu geführt, neue Stoffe zu erfassen und für bestehende Stoffe neue Umweltnormen festzulegen.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2013:226:0001:0017:DE:PDF>

FINANZDIENSTLEISTUNGEN

Europäische Zentralbank hält an Niedrigzinspolitik fest

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) bestätigte am 3. September 2015 den Leitzins von 0,05 Prozent. Zu diesem Zinssatz erhalten die Banken unbegrenzt Geld („Liquidität“) von der Zentralbank. Eine Leitzinserhöhung ist auf absehbare Zeit nicht in Sicht. Einlagen der Banken bei der EZB werden weiterhin mit einem Strafzins von 0,2 Prozent belegt. Hierdurch soll die Kreditvergabe an Unternehmen und Verbraucher angeregt werden. Durch massiven Ankauf von Staatsanleihen soll weiterer Druck auf die Zinsen ausgeübt werden. Seit dem 9. März 2015 pumpt die EZB auf diese Weise, zusammen mit dem laufenden Ankauf von Wertpapieren, Monat für Monat 60 Milliarden Euro in die Finanzmärkte. Diese Politik soll mindestens bis September 2016 fortgeführt werden.

EZB-Präsident Mario Draghi erklärte auf seiner Pressekonferenz am 3. September 2015, dass die EZB bereit sei, das Programm zum Ankauf von Staatsanleihen bei Bedarf auszuweiten. Anlass könnte eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Aussichten sein. Die EZB gehe noch davon aus, dass mittelfristig die Inflation im Euro-Währungsgebiet wieder das Stabilitätsziel der EZB von unter aber nahe 2 Prozent erreiche. Für das Jahr 2017 würden 1,7 Prozent erwartet. Im August 2015 habe die jährliche Teuerungsrate wie in den beiden Vormonaten nur bei 0,2 Prozent gelegen. Die Aussichten für die mittelfristige Preisentwicklung seien jedoch durch Risiken in der weltweiten Wirtschaftsentwicklung belastet.

<http://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2015/html/pr150903.de.html>

<http://www.ecb.europa.eu/press/pressconf/2015/html/is150903.de.html>

GESUNDHEIT / ERNÄHRUNG

1. Europäisches Parlament für strenges Klonverbot von Nutztieren

Das Europäische Parlament stimmte am 8. September 2015 für eine Verschärfung des Vorschlags der EU-Kommission zum Klonverbot von Nutztieren. Das Gesetz soll nun für alle Nutztiere gelten, nicht nur für Rinder, Schweine, Schafe, Ziegen und Equiden. Auch die Verwendung der Nachkommen geklonter Tiere sowie von Produkten, die von ihnen stammen und die Einfuhr solcher Tiere und Produkte in die Europäische Union sollen verboten werden. Maßgeblich für das Votum der Europaabgeordneten war das Tierwohl.

„Die Technik des Klonens ist nicht ausgereift, und es hat in der Tat keine weiteren Fortschritte gegeben. Die Sterblichkeitsrate bleibt gleich hoch. Viele der Tiere, die lebend geboren werden, sterben in den ersten paar Wochen, und zwar unter Schmerzen. Sollten wir das zulassen?“ sagte die Berichterstatterin für den Umweltausschuss, die deutsche Europaabgeordnete Renate Sommer (CDU).

Die Europaabgeordneten führten auch Ergebnisse der Verbraucherschorschung an, nach denen EU-Bürger mehrheitlich das Klonen wegen des Tierwohls sowie allgemeiner ethischer Bedenken missbilligen. Laut den Ergebnissen sind die meisten Verbraucher strikt gegen den Verzehr von Lebensmitteln, die von Klontieren und deren Nachkommen stammen.

Die Unterhändler des Europäischen Parlaments werden nunmehr mit dem EU-Ministerrat über einen Gesetzestext verhandeln.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20150903IPR91517/html/Parlament-f%C3%BCr-strenges-Klonverbot-Ausweitung-auf-alle-Nutztiere-sowie-Importe>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2015-0285+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

2. Verbraucher schlecht informiert über grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung

Die EU-Kommission veröffentlichte am 4. September 2015 einen Bericht über die Umsetzung der Richtlinie zu Patientenrechten in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung. Der Bericht kommt zum Ergebnis, dass die vor zwei Jahren in Kraft getretene Regelung die Patientenmobilität verbessert hat. Es bleibe aber noch viel zu tun, um den Nutzen der Richtlinie noch wirksamer zu machen. Das Bewusstsein der Europäer über ihre Rechte auf Gesundheitsversorgung in einem anderen Land sei weiterhin gering. Noch nicht einmal zwei von zehn seien der Ansicht, dass sie über ihr Recht, Gesundheits-

versorgung in einem anderen EU-Land in Anspruch zu nehmen, informiert sind. Die nationalen Kontaktstellen, die mit der Richtlinie eingeführt wurden und die die Patienten zu ihren Rechten und zu Qualitäts- und Sicherheitsfragen informieren sollen, seien nur einem von zehn bekannt.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/13590_de.htm

http://ec.europa.eu/health/cross_border_care/policy/index_de.htm (Link zum Bericht)

3. Europäisches Polizeiamt deckt italienische Lebensmittelfälschungen auf

In der ARD-Sendung plusminus („Das Erste“) am 2. September 2015, berichtete ein Vertreter des Europäischen Polizeiamts (Europol) über Lebensmittelfälschungen in Italien. Der bei Europol für Produktfälschungen zuständige Abteilungsleiter Chris Vansteenkiste antwortete auf eine Frage zu gepanschem Balsamico-Essig: „Ich weiß, dass es in Modena einen Fall gab, wo Essig verkauft wurde, der nicht traditionell produziert wurde, sondern schnell, um viel Geld zu verdienen. Das Geschäft liegt in der Hand von organisierter Kriminalität. Manchmal ist es die Mafia. In Italien verdienen organisierte kriminelle Banden viel Geld mit gefälschtem Essen und Trinken“, so Chris Vansteenkiste.

„Kürzlich hat die Polizei eine illegale Fabrik aufgedeckt, in der angeblich Büffelmozzarella hergestellt wurde. Den hat sie aber in Wahrheit aus normaler Kuhmilch gemacht. Sie wollten den Rauchgeschmack in den Käse bringen und stellten ihn dafür in einen Lieferwagen und verbrannten darin Müll im Mülleimer, um so den Räuchergeschmack zu erzeugen“, so Vansteenkiste.

<http://www.daserste.de/information/wirtschaft-boerse/plusminus/sendung/italien-lebensmittel-mafia100.html>

TELEKOMMUNIKATION / MEDIEN / INTERNET

1. EU-Kommission konsultiert zur Zukunft der Telekommunikation

Die EU-Kommission eröffnete am 11. September 2015 eine Diskussion über die Zukunft des Regelwerks für die Telekommunikation in Europa. Sie startete hierzu zum Einen eine Konsultation über den Breitbandbedarf in Europa und zum andern über die Revision des derzeitigen Telekommunikationsrahmenwerks. Die EU-Kommission erwartet Äußerungen von Interessierten bis 7. Dezember 2015.

<https://ec.europa.eu/digital-agenda/en/news/have-your-say-internet-speed-quality-european-commission-launches-360deg-review-telecoms-rules>

2. Einigung über Datenschutz in Strafsachen im Verkehr zwischen der Europäischen Union und den USA

Die EU-Kommissarin für Justiz und Verbraucherschutz, Věra Jourová, gab am 8. September 2015 die Einigung über ein Datenschutzabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA bekannt. Dieses Abkommen („Umbrella Agreement“) legt Standards für den Datenverkehr von Strafverfolgungsbehörden und Polizeidienststellen fest. Vor allem aber erhalten auch nicht in den USA ansässige Betroffene das Recht auf Rechtsschutz vor amerikanischen Gerichten. Das Abkommen bedarf der Zustimmung durch den US-Kongress und durch den EU-Ministerrat sowie das Europäische Parlament.

Kommissarin Jourová zeigte sich optimistisch, dass es auch bald zu einer Einigung über den Datenschutz im Wirtschaftsverkehr kommt.

http://europa.eu/rapid/press-release_STATEMENT-15-5610_en.htm

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-15-5612_en.htm

TERMINVORSCHAU

Rat

Rat Allgemeine Angelegenheiten (14. September 2015)

Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 15./16. Oktober 2015.; Vorstellung des Programms des luxemburgischen Ratsvorsitzes; Jährliche Programmplanung – Absichtserklärung der EU-Kommission (Aussprache); Gestaltung von Euromünzen; Umsetzung des Drogenaktionsplans der EU (2013-2016); Verordnung zur Tiergesundheit (Politische Einigung).

Sonderausschuss Landwirtschaft (14. September 2015)

Prüfung des Maßnahmenpakets für die Agrarmärkte.

Informelles Treffen der Minister für Landwirtschaft und Fischerei (14./15. September 2015)

Prüfung des Maßnahmenpakets für die Agrarmärkte.

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (15. September 2015)

Einsatz von Referenzzinssätzen bei Finanzprodukten.

Ratsarbeitsgruppe „Energie“ (15. September 2015)

Governance-System der Energieunion.

Ratsarbeitsgruppe „Arzneimittel und Medizinprodukte“ (15. September 2015)

Medizinprodukte und In-vitro-Diagnostika.

Ratsarbeitsgruppe „Landverkehr“ (16./17. September 2015)

Liberalisierung des Schienenpersonenverkehrs.

Ratsarbeitsgruppe „Telekommunikation und Informationsgesellschaft“ (16. September 2015)

Maßnahmen für hohe Netzwerk- und Informationssicherheit.

Rat Umwelt (18. September 2015)

Vorbereitung für die VN-Konferenz über Klimaänderungen am 30. November bis 11. Dezember 2015 in Paris (Schlussfolgerungen); Marktstabilitätsreserve für Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten (Annahme des Gesetzgebungsakts); Richtlinie über Pauschalreisen und verbundene Reisearrangements (Annahme des Standpunkts des Rates in erster Lesung).

Informelles Treffen der Minister für Gesundheit (24./25. September 2015)

Hilfen für Personen mit Demenz; Umsetzung der Richtlinie zur grenzüberschreitenden Patientenfreizügigkeit.

Europäisches Parlament

Ausschuss für Wirtschaft und Währung (14./15. September 2015)

Versicherungsvermittlung (erneute Konsultation des Ausschusses); Bestandsaufnahme und Herausforderungen der EU-Rechtsvorschriften für die Finanzdienstleistungsbranche.

Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr (14./15. September 2015)

Nachhaltige städtische Mobilität; Auf dem Weg zu einer Akte zum Digitalen Binnenmarkt; Vorstellung eines Berichts der Generaldirektion Wissenschaftlicher Dienst über die Kosten des Verzichts auf EU-politisches Handeln im Bereich Passagierrechte.

Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (14./15. September 2015)

Aussprache mit einem Vertreter der Kommission über die Anwendung und Durchsetzung der Verordnung über das Schlachten von Tieren; Unlautere

Handelspraktiken in der Lebensmittelversorgungskette; Festsetzung des Höchstgehalts an Erukasäure in Speiseölen und -fetten.

Rechtsausschuss (14./15. September 2015)

Vereinfachung der Annahme bestimmter öffentlicher Urkunden in der EU; Mögliche Ausdehnung des Schutzes geografischer Angaben der Europäischen Union auf nichtlandwirtschaftliche Erzeugnisse; Festsetzung des Höchstgehalts an Erukasäure in Speiseölen und -fetten; Auf dem Weg zu einer Akte zum Digitalen Binnenmarkt;

Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (14./15. September 2015)

Abkommen zwischen der Europäischen Union und den USA über den Schutz personenbezogener Daten bei deren Übermittlung und Verarbeitung zum Zweck der Strafverfolgung („Rahmenabkommen“ EU-USA).

Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (15. September 2015)

Einwand gegen Verlängerung der Dauer der Genehmigung für den Wirkstoff Glyphosat (Abstimmung); Aussprache mit der EU-Kommission, dem Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) und der Europäischen Agentur für Lebensmittelsicherheit (EFSA) über den durch Lebensmittel übertragenen Erreger *Campylobacter*; Aussprache mit der EU-Kommission über die obligatorische Angabe des Ursprungslands oder des Herkunftsorts für bestimmte Lebensmittel; Auf dem Weg zu einer europäischen Energieunion (Annahme von Stellungnahme).

Ausschuss für Kultur und Bildung (15. September 2015)

Bericht über die abschließende Trilogsitzung zum Telekommunikations-Binnenmarkt.

Plenum (16. September 2015)

Weltgipfel der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung (25. bis 27. September 2015) und entwicklungspolitische Aspekte der Klimaschutz-Folgekonferenz COP 21 in Paris (Erklärungen des Rates und der Kommission); Vorbereitung des Arbeitsprogramms der Kommission 2016 (Abstimmung); Beschluss vom 15. Juli 2015 über das „Energemarkt-Sommerpaket“ (Erklärung der Kommission); Die fortdauernde Krise im Agrarsektor (Erklärungen des Rates und der Kommission).

Ausschuss für internationalen Handel (21./22. September 2015)

Auf dem Weg zu einer europäischen Energieunion (Annahme von Stellungnahme); Empfehlungen an die Kommission zu den Verhandlungen über ein Dienstleistungsabkommen (TiSa); Aussprache mit Interessenträgern über die Umsetzung eines Nachhaltigkeitspakts in Bangladesch.

Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (22./23. September 2015)

Hin zu verbesserten Binnenmarktvorschriften (Abstimmung); Jahresbericht über die EU-Wettbewerbspolitik.

Europäische Kommission

Wöchentliche Sitzung des Kollegiums (23. September 2015)

Orientierungsdebatte zur Binnenmarktstrategie für Güter und Dienstleistungen.

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Plenum (16./17. September 2015)

Bilanz zum Ende der Mandatsperiode; Debatte über die Luftverkehrspolitik, mit Ausführungen von Kommissarin Violeta BULC; Die Gemeinwohl-Ökonomie: Ein nachhaltiges Wirtschaftsmodell für den sozialen Zusammenhalt (Initiativstellungnahme); Bedeutung des Agrarhandels für die künftige Entwicklung der Land- und Agrarwirtschaft in der EU im Kontext der Sicherung der Welternährung (Initiativstellungnahme); Möglichkeit für die Mitgliedstaaten, die Verwendung genetisch veränderter Lebens- und Futtermittel in ihrem Hoheitsgebiet zu beschränken oder zu untersagen; Daten im Fischereisektor; Auf dem Weg zur eGesundheit – elektronische Informationen für den sicheren Umgang mit Arzneimitteln (Initiativstellungnahme); Schaffung eines Finanzökosystems für die Unternehmen der Sozialwirtschaft (Sondierungsstellungnahme auf Ersuchen des luxemburgischen Ratsvorsitzes); Strategie für einen digitalen Binnenmarkt.

Ausschuss der Regionen

Fachkommission für natürliche Ressourcen (21. September 2015)

Überprüfung des Entscheidungsprozesses in Bezug auf genetisch veränderte Organismen (GVOs); Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik; Altersfreundlicher Tourismus.

Europäischer Gerichtshof

Urteil in der Rechtssache C-257/14 (17. September 2015)

Flugverspätung wegen eines technischen Problems.

Schlussanträge in der Rechtssache C-336/14 (17. September 2015)

Sportwettenvermittlung in Deutschland.

Schlussanträge in der Rechtssache C-362/14 (23. September 2015)

Datenschutz bei Übermittlung von Facebook-Daten in die USA.

Europäisches Gericht

Urteil in der Rechtssache T-421/07 RENV (18. September 2015)

Beihilfeprüfverfahren in Bezug auf die Deutsche Post.

Verbraucherpolitik EU aktuell erscheint alle zwei Wochen. Der Newsletter gibt einen Überblick über aktuelle Termine und relevante verbraucherpolitische Aktivitäten und Vorhaben in der Gesetzgebung der EU.

Newsletter verfasst von

Dr. Ekkehard Rohrer, MPA (Harvard University) – Brüssel

Im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv)